



Dr. Stefan Kaufmann

09/2014
29.05.2014

Brief aus Berlin

CDU

Liebe Leserinnen und Leser,

was für ein Wechselbad der Gefühle! Erster Akt: Sonntagabend 18 Uhr im Großen Sitzungssaal des Stuttgarter Rathauses: Prognose des SWR für den Gemeinderat. Trotz Gewinnen bei der Europa- und Regionalwahl wird ein Kopf-an-Kopf-Rennen von CDU und Grünen vorhergesagt – je 15 Sitze. Das würde heißen: Wahlziele verfehlt. Überall lange Gesichter. Die Stimmung an den Ständen und auf der Straße war komplett anders. Kann man sich so täuschen? Im Ratskeller bei unserer Wahlparty gedrückte Stimmung. Alle hatten sich mehr erhofft. Zweiter Akt: Montag 17 Uhr. Nach Erfassung der Stimmzettel-Ergebnisse kommt die Union plötzlich auf 18, die Grünen nur auf 16 Sitze. Hoffnung macht sich breit. Überall hört man: „Hab ich's doch gewusst!“ Doch noch ist nichts gewiss. Denn erfahrungsgemäß verlieren wir bei der Endauszählung noch einmal zwei Sitze. Weiter bangen! Am Dienstag um 14 Uhr dann das große Finale. Ich sitze beim Termin im Café Planie. Per SMS kommt das Endergebnis: Wir 17, die Grünen nur 14 Sitze. Geschafft! Was für eine Genugtuung. Politik kann so aufwühlend sein. Danke an alle, die mitgeholfen haben! Praktisch parallel dazu kommt die Einigung der Koalitionsspitze zu unserem Bundes-Bildungsetat über den Ticker. Wichtigstes Ergebnis: Der Bund bezahlt das BAföG zukünftig allein. Das Kooperationsverbot wird gelockert und eine grundsätzliche Reform des Föderalismus angegangen. Gute Nachrichten!

In diesem Sinne grüßt Sie herzlich

Ihr

Impressum:

Dr. Stefan Kaufmann MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030/227-72494

Fax: 030/227-76228

www.stefan-kaufmann.de

E-Mail:

stefan.kaufmann@bundestag.de

CDU Stuttgart erfolgreich am Wahlsonntag



Beim SWR-Fernsehinterview am Wahlabend im Rathaus

Stuttgart – Aus den Wahlen am Sonntag ist die CDU Stuttgart sehr erfolgreich hervorgegangen. Unser Wahlziel, wieder stärkste Fraktion im Stuttgarter Gemeinderat zu werden, haben wir klar erreicht. Die CDU hat um vier Prozent zugelegt und stellt mit künftig 17 Stadträtinnen und Stadträten drei mehr als die Grünen, die auf 14 Sitze kommen. Die SPD verliert einen weiteren Sitz und stellt nur noch 9 Stadträte. Damit hat das öko-soziale linke Lager keine eigene Mehrheit mehr im Gemeinderat. Nach der ernüch-

ternden SWR-Prognose am Wahlabend, die CDU und Grüne Kopf an Kopf sah, ist das Wahlergebnis eine Bestätigung unserer Erfahrungen im Wahlkampf, in dem wir an den Ständen und in den Veranstaltungen zahlreiche positive Signale wahrnehmen konnten. Ich freue mich außerordentlich über unser Wahlergebnis und gratuliere allen Kandidatinnen und Kandidaten sowie allen, die am Wahlkampf mitgewirkt haben, zu diesem gemeinsamen Wahlerfolg! Das war sehr gute Teamarbeit, auf die wir stolz sein können. Unserer bisherigen Gemeinderatsfraktion mit ihrem Fraktionsvorsitzenden und Spitzenkandidaten Alexander Kotz danke ich herzlich für ihre gute und bürgernahe Politik, mit der sie einen wichtigen Grundstein für den schönen Wahlerfolg am Sonntag gelegt haben. Ein ausgezeichnetes Ergebnis hat die CDU Stuttgart mit ihrem



Spitzenkandidaten Thomas Bopp auch bei der Regionalwahl erzielt. Mit zwei zusätzlichen Sitzen stellt die CDU Stuttgart in der neuen Regionalversammlung jetzt sieben Regionalrätinnen und Regionalräte. Damit bleibt die CDU im Regionalparlament weiter stärkste Fraktion. Thomas Bopp wird seine erfolgreiche Arbeit als Regionalpräsident fortsetzen können! Auch bei den Wahlen zum Europäischen Parlament hat die CDU Stuttgart zugelegt. Während die Union bundesweit verloren hat, konnte die CDU in Baden-Württemberg und in Stuttgart an Zustimmung gewinnen. Dabei hat unsere Stuttgarter CDU noch stärker hinzugewonnen als die Landes-CDU – nämlich um 1,8 Prozent. Das ist ein toller Erfolg unseres baden-württembergischen Spitzenkandidaten und Stuttgarter Europaabgeordneten Rainer Wieland, dem ich ganz herzlich gratuliere!

Koalition beschließt Verteilung der Bildungsmilliarden

Berlin – Im Koalitionsvertrag haben Union und SPD vereinbart, neun Milliarden Euro zusätzlich für Kitas, Bildung, Forschung und Hochschulen zur Verfügung zu stellen. Am Montag haben sich die Koalitionsspitzen nach intensiven Beratungen, in die auch die Bundesländer eingebunden waren, auf die Verteilung dieser „Bildungsmilliarden“ verständigt. Demnach wird der Bund ab 1. Januar 2015 vollständig und auf Dauer die Finanzierung des BAföG übernehmen. Darüber freue ich mich als zuständiger Berichterstatter für Bildungsfinanzierung im Bildungsausschuss des Bundestages sehr. Die Bundesländer werden durch diesen Schritt um jährlich 1,17 Milliarden Euro entlastet – und

haben im Gegenzug zugesagt, die freiwerdenden Mittel zur Finanzierung von Bildungsausgaben für Schulen und Hochschulen zu verwenden. Die Prioritätensetzung bleibt dabei den Ländern überlassen; es sind aber zum Beispiel eine Verbesserung der Grundfinanzierung der Hochschulen und der Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses oder die Schaffung unbefristeter Professorenstellen denkbar. Außerdem wollen wir das BAföG zum Wintersemester 2016/2017 strukturell und finanziell reformieren und der Lebenswirklichkeit von Studierenden sowie von Schülerinnen und Schülern anpassen. Auch diese Reform wird vollständig aus dem Bundeshaushalt finanziert. Auch das Meis-

ter-BAföG soll mehr Beachtung finden. Drei Milliarden Euro des Neun-Milliarden-Pakets werden in dieser Legislaturperiode zusätzlich für Forschung und Entwicklung zur Verfügung gestellt. Damit stärken wir die Innovationskraft Deutschlands im internationalen Wettbewerb und legen das Fundament für künftigen Wohlstand. Diese Mittel kommen vor allem den außeruniversitären Forschungseinrichtungen zugute – hier übernimmt der Bund die Mittelaufwüchse der – von Bund und Ländern gemeinsam getragenen – Einrichtungen wie der Max-Planck-Gesellschaft oder der Fraunhofer-Gesellschaft allein. Außerdem werden der Pakt für Forschung und Innovation sowie die Exzellenzinitiative vom Bund ...

Brief aus Berlin



weiterfinanziert. Ich freue mich sehr darüber, dass wir uns beim Bildungsföderalismus reform- und handlungsfähig zeigen. So werden wir die grundgesetzliche Möglichkeit schaffen, dass der Bund Hoch-

schulen nicht nur projektbezogen, sondern auch langfristig fördern darf. Dies ist derzeit noch verfassungsrechtlich ausgeschlossen; gerade deshalb ist diese Maßnahme ein großer wissenschaftspoli-

tischer Schritt nach vorn! Die von der Koalition nun vereinbarten bildungs- und forschungspolitischen Weichenstellungen bedeuten, dass ich als Berichterstatter im Ausschuss noch mehr zu tun

haben werde. Ich freue mich sehr auf diese spannende Herausforderung – insbesondere mit Blick auf die Weiterentwicklung des BAföG hin zu einem echten *Bundesausbildungsförderungsgesetz!*

Besuch der ITER-Baustelle in Frankreich – Kernfusion als Zukunftsoption



Mit Generaldirektor Professor Motojima (links) und Generalkonsul Herden vor dem ITER-Hauptquartier im südfranzösischen Cadarache.

Berlin/Cadarache – Am 15. und 16. Mai habe ich mir nach meinem ersten Besuch im Sommer 2011 ein persönliches Bild vom aktuellen Stand und Fortschritt der Bauarbeiten für das ITER-Projekt im südfranzösischen Cadarache gemacht. ITER steht für International Thermonuclear Experimental Reactor und ist zugleich das lateinische Wort für „Weg“. Und ITER ist eben dies: das Projekt ist ein entscheidender Schritt auf dem Weg zu einem kommerziellen Fu-

sionskraftwerk. Durch Fusion, die Verschmelzung von Atomkernen, erzeugt die Sonne Energie. Mit Fusionsforschung wie ITER oder auch das Großexperiment Wendelstein 7-X, für das Bundesministerin Professor Wanka in der vergangenen Woche in Greifswald gemeinsam mit EU-Kommissar Günther Oettinger den Startschuss für die Betriebsvorbereitungsphase gegeben hat, wird die Energiegewinnung durch Fusion erforscht. Die Fusionsforschung verfolgt somit gewissermaßen das Ziel, „die Sonne auf die Erde zu holen“ und ihre Form der Energieerzeugung auf Erden nutzbar zu machen. In Cadarache soll in wenigen Wochen das 1,5 Meter dicke zweite Betonfundament gegossen werden. Das Gebäude wird am Ende 100 Meter lang, 80 Meter tief und

74 Meter hoch sein. Noch wichtiger als die Besichtigung der Baustelle waren aber nach zuletzt verstärkt laut gewordener Kritik am Management des Projekts die Gespräche mit dem Generaldirektor, Professor Osamu Motojima, und seinen Stellvertretern sowie den 21 deutschen Beschäftigten, die vor Ort in Frankreich am ITER-Projekt mitarbeiten. Begleitet wurde ich vom deutschen Generalkonsul in Marseille, Rolf Robert Herden, dem für Energie zuständigen Direktor der Europäischen Kommission in der Generaldirektion Forschung, Andras Siegler, sowie dessen Mitarbeiterin Elena Righi Steele. Mein Besuch war eng mit dem für das Projekt zuständigen EU-Kommissar Günther Oettinger abgestimmt. Trotz aller Probleme, die ein Großprojekt wie ITER gera-



Auf der Baustelle für das Reaktorgebäude.

dezu naturgemäß mit sich bringt, unterstütze ich dieses zukunftsweisende Forschungsprojekt. Die Energieversorgung für die zweite Hälfte des 21. Jahrhunderts ist eine Herausforderung, die international gedacht und angegangen werden muss. Genau dies ist bei ITER der Fall.

Zum Forschungsprojekt Wendelstein 7-X habe ich in der vergangenen Woche mit dem „Tagesspiegel“ gesprochen. Den Beitrag finden Sie hier: <http://bit.ly/1vQqtA2>

Rentenpaket beschlossen – Einstieg in die Flexi-Rente

Berlin – Nach einer langen öffentlichen Debatte, die wir auch innerhalb der Union durchaus kontrovers geführt haben, hat der Bundestag am Freitag mit großer Mehrheit das sogenannte Rentenpaket beschlossen – im Parlamentsdeutsch: Gesetz über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung. Für uns als Union ist zentral, dass wir Wort gehalten haben: die Mütterrente kommt. Sie steht für mehr Rentengerechtigkeit. Etwa 9 Millionen Mütter, die vor 1992 Kinder geboren haben, erhalten eine höhere Rente (28,14 Euro mo-

natlich mehr im Westen und 25,74 Euro im Osten). Mit der Mütterrente wird die Erziehungsleistung von Müttern und Vätern, deren Kinder vor 1992 geboren wurden und die noch nicht von dem heute bestehenden Netz an Kinderbetreuungseinrichtungen profitieren konnten, in der Rente stärker als bisher berücksichtigt. Finanziert wird diese Rentenerhöhung vollständig aus Steuermitteln, die Rentenkassen werden nicht belastet. Darauf hat die Union stets Wert gelegt. Bestandteil des Rentenpakets ist auch die Rente mit 63. Damit können Rentenversi-

cherte, die 45 Jahre Pflichtbeiträge gezahlt haben, unter bestimmten Voraussetzungen bereits ab dem vollendeten 63. Lebensjahr in Rente gehen. Insbesondere bei diesem Punkt, der ein Zugeständnis an unseren Koalitionspartner SPD ist, haben wir in der Gesetzesberatung im Bundestag noch wesentliche Verbesserungen erzielt. So wird es eine Frühverrentungswelle nicht geben, weil wir eine Art Sperre vorgesehen haben.

Als Erfolg werte ich, dass wir die Weiterarbeit nach dem Renteneintrittsalter mit der sogenannten Flexi-Rente erleichtern. Dies bietet den Unternehmen die Chance, dass Wissen und Tatkraft der Älteren in den Betrieben bleiben kann, wenn beide Seiten dies wollen. Eine Arbeitsgruppe der Koalitionfraktionen berät über die genaue Ausgestaltung der Flexi-Rente.

Fragen und Antworten zum Rentenpaket hat die CDU/CSU-Fraktion unter dem nachstehenden Link für Sie zusammengestellt: <https://www.cducsu.de/rentenpaket>

Brief aus Berlin

Mehr Adoptionsrechte für eingetragene Lebenspartnerschaften

Berlin – Am Donnerstag hat der Bundestag beschlossen, eingetragenen Lebenspartnerschaften mehr Adoptionsrechte zu gewähren. Bisher können gleichgeschlechtliche Lebenspartner nur das leibliche Kind des Partners adoptieren – im Volksmund auch „Stiefkindadoption“ genannt. Nicht erlaubt war diesen Paaren die Adoption eines Kindes, das von einem Partner bereits adoptiert worden ist – die sogenannte „Sukzessivadoption“. Mit dem beschlossenen Gesetz setzt die Koalition ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem vergangenen Jahr um, das die bisherige Rechtslage we-

gen Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz für verfassungswidrig erklärt hatte. In seiner Entscheidung hat das Gericht den Bundestag dazu verpflichtet, bis Ende Juni 2014 eine verfassungsgemäße Regelung zu beschließen. Bereits seit der

Zum Thema Adoptionsrecht habe ich letzte Woche mit der „Welt“ gesprochen. Hier finden Sie den Beitrag: <http://bit.ly/1jJzrLE>

Urteilsverkündung können Lebenspartner die Sukzessivadoption praktizieren. Das am Donnerstag beschlossene Gesetz passt das Recht an diese Praxis an. Ich freue mich darüber, dass wir das Urteil des Verfassungsgerichts nun endlich umgesetzt

haben. Das ist ein guter, wichtiger und richtiger Schritt. Jedoch sind noch weitere Schritte zu gehen. So bin ich der Meinung, dass wir das Thema Adoption weiter diskutieren sollten. Dabei steht für uns als Union eines stets an oberster Stelle: das Kindeswohl.

So wäre es aus meiner Sicht sinnvoll, wenn wir Lebenspartnern die gemeinschaftliche Adoption von Pflegekindern, die bei ihnen leben, im Rahmen einer Einzelfallprüfung ermöglichen. Wich-

tig ist mir, dass wir als Union in dieser Debatte sachlich miteinander diskutieren. So geht es bei dem diskutierten Vorschlag, eingetragenen Lebenspartnern das Recht auf eine Volladoption einzuräumen, nicht darum, Lesben und Schwulen ein Recht auf ein Kind zu gewähren. Vielmehr geht es ausschließlich darum, ihnen die Möglichkeit zu eröffnen, sich für eine Adoption überhaupt bewerben zu können. Die Jugendämter, Adoptionsvermittlungsstellen und Vormundschaftsgerichte nehmen ihre wichtige Aufgabe für unsere Gesellschaft verantwortungsvoll wahr.

Stuttgarter „auf Staatsbesuch“



Die Besuchergruppe aus Stuttgart auf der Dachterrasse des Reichstagsgebäudes.

Berlin – Vom 25. bis 28. Mai haben 50 politisch interessierte Stuttgarterinnen und Stuttgarter auf meine Einladung an einer Informationsfahrt des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung (BPA) nach Berlin teilgenommen. Neben einem Besuch der Ausstellung „Wege, Irrwege, Umwege – Die Entwicklung der parlamentarischen Demokratie in Deutschland“ des Deutschen Bundestages im Deutschen Dom, einem Informationsgespräch im Bundesrat und einem Besuch der Gedenkstätte Berliner Mauer waren der Besuch des ZDF-Hauptstadtstudios mit einer Teilnahme am „Morgenmagazin“ und der Besuch des Bundeskanzleramtes bestimmt Höhe-

punkte des Aufenthalts in Berlin. Am Montagnachmittag habe ich mit den Gästen im Reichstagsgebäude diskutiert. Dabei kamen ganz unterschiedliche Themen zur Sprache – und mit Blick auf die Wahlen am Vortag ging es selbstverständlich auch um die künftige Zusammensetzung von Gemeinderat, Regionalversammlung und Europäischem Parlament. Den Besuch im Bundestag abgerundet hat ein Besuch der Dachterrasse bei strahlendem Sonnenschein. Betreut wurden die Gäste auf der Fahrt von meinem Lebenspartner Rolf Pfander und meinem Wahlkreisreferenten Mathias Oehlschlägel – herzlichen Dank für die großartige Unterstützung!

Tagung zur Bildungsfinanzierung



Zusammen mit den weiteren Referenten der Tagung. Von links: Moderator Dr. Thomas Vitzthum (Die WELT), Prof. Dr. Ludger Wößmann (Leiter des ifo Zentrums für Bildungs- und Innovationsökonomik), Bundesministerin Prof. Dr. Johanna Wanka, Prof. Dr. Bertold U. Wigger (Karlsruher Institut für Technologie), NRW-Landesministerin Sylvia Löhrmann, Martin Rabanus (SPD-Bundestagsfraktion), Prof. Dr. Michael Eilfort (Stiftung Marktwirtschaft). © Kay Herschelmann

Berlin – Zu einer Tagung mit dem Titel „Zukunftsweisende Bildungsfinanzierung und Föderalismus – Widerspruch in sich oder Gestaltungschance?“ hat die Stiftung Marktwirtschaft am Dienstag, 20. Mai, in Berlin eingeladen. In meiner Eigenschaft als Obmann der CDU/CSU-Fraktion des Bildungsausschusses im Bun-

destag und Berichterstatter für Bildungsfinanzierung habe ich einen Impulsvortrag gehalten und unter anderem mit Bundesministern Prof. Dr. Johanna Wanka, Landesministerin Sylvia Löhrmann und Kolleginnen und Kollegen aus dem Bundestag lebhaft über die Zukunft der Bildungspolitik und deren Finanzierung diskutiert.